

kann. Ich fühle mich nur veranlaßt, bei dieser Pos. 1 einer Maßregel der betreffenden Behörden zu gedenken, die mit dem Grundsatz: „Alle Staatsunterthanen haben gleiche Rechte“ nicht in Einklang zu bringen ist; es ist dies das Paßkartenwesen. Zur Erleichterung des Verkehrs sind mehrere deutsche Staaten zusammengetreten, und haben die Uebereinkunft getroffen, mittelst Ausgeben von Paßkarten auf ein Jahr dem reisenden Publicum das Fortkommen, bezüglich der Legitimation, zu erleichtern. Allein die Behörden scheiden in dieser Beziehung die Bevölkerung in 2 Klassen: der eine Theil ist der regierungsfreundliche, der andere Theil der regierungsfeindliche, und dem letztern Theile allerdings hält man das Recht vor, Paßkarten auszuhändigen. Ich glaube aber doch, daß auch solchen Persönlichkeiten, die eine andere politische Richtung verfolgen als die, die der Regierung ist, sobald sie als ehrenwerthe Staatsbürger anerkannt werden müssen, und daher auch gleiche Verpflichtungen mit ihren übrigen Staatsangehörigen haben, daß sie dann auch gleiche Rechte mit diesen beanspruchen können, folglich auch der Paßkartenbegünstigung theilhaftig zu werden berechtigt sind. Ja, selbst bei Nichtregierungsfeindlichen, sobald sie aber Freunde von der Regierung mißliebigen Persönlichkeiten sind, trägt man Bedenken ihnen Paßkarten auszuhändigen und sie müssen, um ihren Reiseplan in Ausführung zu bringen, mit einem Passe versehen sein. Hierbei kommt es aber auch noch darauf an, je nachdem diese Persönlichkeit politisch anrührig ist, ob dieser Person der Paß auf längere Zeit oder bloß ganz einzig und allein zu dieser Reise ausgestellt wird, was also ganz in die Willkür der Behörden gestellt ist. Ich halte das allerdings für ein sehr großes Unrecht, es wird dadurch einem Theile der Bevölkerung ein Kostenaufwand hervorgerufen, der den Betrag bei wiederholten Reisen im Laufe des Jahres von mehreren Thalern erreicht, während der andere Theil für 5 Neugroschen eine Paßkarte auf ein Jahr erlangt. Ich kann daher nicht umhin, bei dieser Gelegenheit der hohen Staatsregierung gegenüber einen Wunsch auszusprechen, daß sie den betreffenden Behörden die Anweisung zukommen lassen wolle, bei Ausstellung von Paßkarten künftighin ein liberaleres System zu befolgen.

Abg. Dr. Hertel: Ich wollte mir nur einige Worte auf die Aeußerung des geehrten Abg. Falcke erlauben über die Prägravation des Landes, die, wie er glaubt, gegenüber der Stadt Dresden bestehe, wegen des auf dem Staatsbudget stehenden Dresdner Polizeiaufwandes.

(Der Abg. Niedel bittet ums Wort.)

Die scheinbare Ungleichheit dürfte schwinden bei der Betrachtung folgender Thatsachen. Zunächst giebt die Stadt Dresden zur Unterhaltung der Polizei allhier ein vertragsmäßiges Quantum von 30,000 Thaler. Außerdem ist es, möchte ich sagen, eher eine Prägravation der Städte gegen-

über dem platten Lande zu nennen, daß erstere ihren Polizeiaufwand selbst tragen müssen, während in Beziehung auf das platte Land die Unterhaltung der Polizei und darunter z. B. der Aufwand für die Landgendarmen aus der Staatskasse bezahlt wird, mithin die Städte diesen Aufwand mit bezahlen müssen, der die größern Städte, an deren Spitze Dresden steht, ganz besonders trifft, weil sie den größten Steuerbeitrag zu geben haben. Ueberdies ist hier in Dresden ein Theil der Polizei, den man mit dem Namen Wohlfahrtspolizei zu bezeichnen pflegt, der Stadt verblieben, die sie auf ihre Kosten verwaltet. Auch dieser Theil der Polizei und darunter die gesammte Medicinalpolizei wird auf dem Lande von den Städten mit unterhalten, und auch hierzu trägt daher die Stadt Dresden erheblich mit bei.

Abg. Niedel: Wie ich aus dem Bericht Seite 110 ersehe, so hat sich der königliche Commissar schon bei den Verhandlungen in der Deputation sehr bemüht, darzuthun, daß es durchaus nothwendig wäre, soviel Polizeimannschaften zu halten und daß man denselben eine größere Last, eine größere Anstrengung nicht ansinnen könne; im Gegentheil, andern Städten gegenüber, hätte Dresden noch viel zu wenig Polizeimannschaft. Die Deputation hat sich insoweit hierbei beruhigt, spricht jedoch die Hoffnung aus, daß das Streben der Regierung auf Abminderung der Polizei gerichtet bleiben möchte. Nun, meine Herren, es bleibt immer wieder bei den Hoffnungen, ich für meine Person kann mich bei diesen Hoffnungen nicht beruhigen. Eines Theils sehe ich in den Maßregeln der Regierung gar kein Bestreben auf Abminderung, nein im Gegentheil, ein Bestreben auf Erhöhung des Postulats. Ich werde mir daher einen Antrag zu stellen erlauben, den ich später vortragen werde. — Was die Zulagen der Polizeimannschaften anlangt, so bin ich mit denselben einverstanden. Ich will Diejenigen nicht um ihren Gehalt bringen, die mitunter den Tag über die Dresdner Brücke hin und her spazieren müssen, denn, die so einen Posten erhalten, denen muß es doch ungeheuer langweilen,

(Heiterkeit in der Kammer.)

ich will ihnen durchaus nicht im Wege stehen, wegen der Zulage. Wenn man aber sieht die vielen Polizeiposten im Theater, im Polizeihaus, auf der Brücke und an vielen andern Stellen und man die Auslassungen der Dresdner Bevölkerung hört, daß man da und dort soviel Polizeiposten aufstellt und fragt, ob denn dieses nöthig ist und man hört, daß es rein unnütz ist, bei dem jetzigen ruhigen Verhalten der Bevölkerung, da kann ich nicht einsehen, warum es nicht möglich sei, eine Abminderung eintreten zu lassen. Ja ich bin sogar der Ansicht, daß selbst in dem Personal bei der innern Einrichtung eine Abminderung eintreten könnte, ich will mich aber jetzt bei Dem, was die Deputation zu bewilligen vorschlägt, vor der Hand beruhigen, stelle aber folgenden Antrag: